Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1826

26. 05. 78

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 31. Mai 1978
am Donnerstag, dem 1. Juni 1978

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . 18, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . . . 19, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . 2, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . 6, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . 7, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . 10, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . 10, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . . . 12, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . 14, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . 15, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . 17, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . 18, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . 2, 37 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . 2, 37 *)

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch ungleichmäßige Förderung sich die Chancengleichheit bei der Geflügelhaltung zuungunsten der landwirtschaftlichen Betriebe und zugunsten der gewerblichen Betriebe verschoben hat, und ist die Bundesregierung bejahendenfalls bereit, konkrete Schritte zu unternehmen, damit die Chancengleichheit wiederhergestellt wird?

2. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, eine politische Priorität für eine bäuerliche Geflügelhaltung zu setzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

3. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die von der sonst üblichen statistischen Erhebungsmethode abweichende Praxis bei der Berechnung der Bedarfssätze zur Bundesausbildungsförderung, die ohne Zugrundelegung eines spezifischen „Warenkorbs“ lediglich auf Grund von Befragung der Betroffenen zustandekommen?

4. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu treffen, die zu einer Fundierung des statistischen Materials beitragen etwa vergleichbar mit dem für ähnliche Statistiken bewährten Verfahren des „Warenkorbs“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

5. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Welche Ergebnisse hat die Prüfung der Frage ergeben, ob und wie Hilfe für das sahrouische Volk im entwicklungspolitischen Rahmen möglich ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister einem Petenten am 15. April 1977 mitgeteilt hat, es würden gegenwärtig die Beihilfevorschriften mit dem Ziel überprüft, alle Möglichkeiten einer Vereinfachung auszuschöpfen und in diesem Zusammenhang werde auch die Frage eingehend geprüft werden, ob mit der Übernahme – evtl. in modifizierter Form – der Regelung des § 27 des Gesetzes zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages eine Vereinfachung des Beihilferechts zu erreichen sei, und wenn ja, zu welchem Ergebnis hat die Prüfung geführt?

7. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die Verwertung von Hausmüll, und welche Anlagen wurden von ihr initiiert?

8. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Fördert die Bundesregierung die Rückgewinnung von Werkstoffen aus Hausmüll, und wie beurteilt sie die Chancen des Einsatzes entsprechender Anlagen, die zumindest teilweise eine Rückgewinnung ermöglichen?

9. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, nach denen von der physikalisch-technischen Bundesanstalt in Braunschweig festgestellt wurde, daß Kohlekraftwerke radioaktive Bestandteile an die Luft abgeben und das hierbei entstehende Strahlenrisiko bis zu 100 mal größer sei als dasjenige eines leistungsgleichen Kernkraftwerks?

10. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung noch keine Konsequenzen aus den in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Erkenntnissen gezogen hat, nach denen aus dem Osten Einflußagenten in rechtsextreme Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland eingeschleust werden, um hier für neonazistische Vorfälle zu sorgen, die dann Munition für antideutsche Propaganda liefern, und wenn ja, warum nicht, und bestehen Vermutungen über die spiegelbildliche Außensteuerung von linksradikalen Kräften?

11. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Welche Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, um die mißbräuchliche und politisch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland als antifaschistisch-demokratisches Gemeinwesen im Ausland schädigende, gezielte und systematische Verbreitung der ersten und zweiten Strophe des sogenannten Deutschlandlieds in Schulen und Bildungseinrichtungen durch reaktionäre und revanchistische Kräfte zu unterbinden?

12. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Über welche Erkenntnisse verfügen die zuständigen deutschen Behörden in bezug auf die Herkunft der von der deutschen und italienischen Terroristen benutzten Waffen?

13. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß deutsche und italienische Terroristen zum großen Teil in arabischen Terroristenlagern ausgebildet werden, die direkt oder indirekt materielle Hilfe aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich erhalten?

14. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Werden künftig im Verantwortungsbereich der Bundesregierung Bewerber für den öffentlichen Dienst nur dann auf die Gewähr zum jederzeitigen Eintreten für die demokratische Grundordnung geprüft, wenn sie in sicherheitsempfindlichen Bereichen eingestellt werden sollen, und soll in allen anderen Fällen grundsätzlich die Gewährleistung dieses im § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes genannten Erfordernisses als gegeben vermutet werden, und wenn ja, wieso hält die Bundesregierung dies für vertretbar?

15. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in dem Umstand, daß sich – wie die Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 1978 meldete – die KPD/ML die Kosten für Reise und Aufenthalt des einstigen Kommunisten und Sowjetgenerals Grigorenko, der von der KPD/ML nach Hamburg eingeladen wurde, gemeinsam mit der Jungen Union teilte, einen Bestandteil der verfassungsfeindlichen Zielen dienenden Bündnispolitik und Strategie der KPD/ML?

16. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, mit Rücksicht auf die ganz erhebliche Lärmbelästigung der Bevölkerung in den an Truppenübungsplätzen angrenzenden Gemeinden nicht nur den Verkehrslärm, sondern auch den Lärm von Truppenübungsplätzen in das bevorstehende Lärmschutzgesetz einzubeziehen, um auf diese Weise den bei der Bevölkerung dort zumindest mittelfristig zu erwartenden gesundheitlichen Schädigungen entgegenzuwirken?

17. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Ist es nach Auffassung der Bundesregierung richtig, daß Bundesbeamte im Dienst die Abzeichen politischer Parteien tragen wie z. B. Anstecknadeln mit der Aufschrift „SPD" oder Anstecknadeln mit roten Köpfen, von denen der Bürger weiß, daß sie die Mitgliedschaft zur SPD symbolisieren?

18. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Muß aus der Tatsache, daß Bundeskanzler Schmidt auf dem DGB-Kongress in Hamburg die Aussage von Gustav Heinemann, das Grundgesetz sei ein „großes Angebot" übernommen hat, der Schluß gezogen werden, die Bundesregierung sehe dieses Grundgesetz nicht mehr als streng verbindlichen Rahmen an?

19. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Muß die Aussage des Bundeskanzlers an gleicher Stelle, der 17. Juni 1953 sei „im Grunde ein Tag der Niederlage für den Freiheitswillen gewesen", nicht als Kapitulation der Bundesregierung vor den Forderungen des Ostens, den 17. Juni als nationalen Gedenktag abzuschaffen, verstanden werden?

20. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Immissionswerte liegen gegenwärtig in den Reinluftgebieten der Bundesrepublik Deutschland vor, die etwa 90 v. H. des Bundesgebietes ausmachen und für welche die Bundesregierung bei der anstehenden Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gegenüber der TA Luft von 1974 eine gesetzliche Verschärfung der Grenzwerte vorschlägt, und welche Konsequenzen dieser Verschärfung sieht die Bundesregierung für die Entwicklung dieser Gebiete?

21. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Lehnt es die Bundesregierung ab, Maßnahmen zur Emissionsverteilung etwa durch hohe Schornsteine als hinreichendes Mittel zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen anzuerkennen, und wenn ja, aus welchen Gründen?

22. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt und hält sie es für eine Diskriminierung der Frauen, daß Beamtinnen, die ein Kind erwarten, im Verantwortungsbereich des Bundes von ihren Behördenvorstehern gedrängt werden, nach Ablauf der Mutterschutzfrist keine Halbtagsbeschäftigung aufzunehmen, sondern sich beurlauben zu lassen?

23. Abgeordnete **Frau Karwatzki** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt und hält sie es für eine Diskriminierung der Frauen und einen Eingriff in die Intimsphäre, daß im Verantwortungsbereich des Bundes Behördenvorsteher bei den weiblichen Bediensteten anfragen, ob sie im Laufe des folgenden Jahres gedächten, schwanger zu werden?

24. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Wie definiert die Bundesregierung im Zusammenhang mit den bekanntgewordenen Grenzkontrollen den Begriff „verdachtsnahe Personen", und auf welcher Rechtsgrundlage unterliegt dieser Personenkreis einer „beobachtenden Fahndung"?

25. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Nach welchen Kriterien sind zwei Listen bei der Grenzschutzdirektion und dem Bundesamt für Verfassungsschutz mit Übersichten über linksextremistische bzw. linksextremistisch beeinflußte Organisationen (239 Organisationen) sowie linksextremistische bzw. linksextremistisch beeinflußte periodische Schriften (287 Publikationen) erstellt worden, die beim Bundesgrenzschutz eine Meldung an den Verfassungsschutz auslösen sollten?

26. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs von Schoeler auf die Frage des Abgeordneten Conradi, „daß grundsätzlich die Nachprüfung von mitgeführten Schriftstücken nicht zulässig ist" (Plenarprotokoll über die Sitzung vom 19. Januar 1978, S. 5012) und der Äußerung des Pressereferenten des BMI laut Frankfurter Rundschau vom 22. Mai 1978, „daß auch künftig die Lektüre bestimmter Publikationen oder das Mitführen bestimmter Presseerzeugnisse als Indiz an den Verfassungsschutz gemeldet werden könne", und wenn ja, wie beurteilt sie diesen Widerspruch?

27. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung einen Widerspruch zwischen den Äußerungen des Pressereferenten des Bundesministers des Innern am 16. Mai im Hessischen Rundfunk, die Listen mit den extremistischen bzw. extremistisch beeinflußten Organisationen und periodischen Schriften seien „an die Grenzschutzämter übersandt" worden, und der Äußerung von Bundesminister Dr. Maihofer laut Bonner Generalanzeiger vom 22. Mai, die Listen seien lediglich auf „Informationsveranstaltungen der Grenzschützer" benutzt worden, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Widerspruch?

28. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

War auf der „Liste mit Übersichten über linksextremistische bzw. linksextremistisch beeinflußte periodische Schriften" (der Pressereferent des BMI am 16. Mai im Hessischen Rundfunk) auch der „Pressedienst Demokratische Initiative" PDI enthalten, und wenn ja, worauf stützt sich die Erkenntnis, daß es sich beim PDI um eine linksextremistisch beeinflußte periodische Schrift handelt?

29. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Welche Maßnahmen, gegebenenfalls disziplinarischer Art, wird der Bundesminister des Innern ergreifen, um den „Übereifer" von Bundesgrenzschutzkräften durch die von ihm nicht legitimierte Aktion „Schnüffellisten" zu ahnden bzw. nicht wieder, auch nicht für künftige vergleichbare Vorkommnisse, eintreten zu lassen?

30. Abgeordneter **Dr. Staudt** (SPD)

Wann hat die Bundesregierung, bzw. der Bundesinnenminister, den Bundesbeauftragten für Datenschutz über die Speicherung von Lektüre-Angaben von grenzüberschreitenden Reisenden beim Bundesamt für Verfassungsschutz informiert?

31. Abgeordneter **Dr. Staudt** (SPD)

Wann hat die Grenzschutzdirektion erstmals erfahren, daß sich Beamte des Grenzschutz-Einzeldienstes geweigert haben, mit den Listen über im grenzüberschreitenden Verkehr zu kontrollierenden Zeitschriften und Vereinen zu arbeiten, und was hat die Grenzschutzdirektion daraufhin veranlaßt?

32. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, sich bei den Personen und Organisationen, die von den im Jahre 1977 von der Grenzschutz-Direktion versandten Listen über Organisationen und Publikationen betroffen werden, für den pauschalen Vorwurf förmlich zu entschuldigen, es handele sich um linksextremistische bzw. linksextremistisch beeinflußte Organisationen und Publikationen?

33. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Trifft die Meldung der Frankfurter Rundschau vom 22. Mai 1978 zu, nach der „Bundesinnenminister Dr. Maihofer keine öffentlichen Diskussionen über die Zusammenarbeit des Bundesgrenzschutzes mit dem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst wünscht", und ist der Bundesinnenminister gegebenenfalls bereit, dem Bundestag eine Liste aller Themen vorzulegen, deren öffentliche Behandlung er nicht wünscht?

34. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wer hat die Löschungen der vom Bundesgrenzschutz anhand der Listen über bei Reisenden zu kontrollierende Zeitschriften und Vereine gewonnenen Erkenntnisse in den Datenspeichern des Bundesamts für Verfassungsschutz bzw. der Landesämter für Verfassungsschutz kontrolliert?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

35. Abgeordneter **Wehner** (SPD)

Welche Ergebnisse hat die Prüfung gehabt, die von der Bundesregierung in der Fragestunde vom 17. Februar 1978 zu der Frage zugesagt worden ist, ob und gegebenenfalls welche gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda zu veranlassen sind?

36. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung mit dem Gebot der Wahrung des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz für vereinbar, daß der Parlamentarische Staatssekretär Dr. de With am 20. April 1978 in der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage das Geltendmachen von Schadensersatzansprüchen gegen Ladendiebe in der Form der Erstattung von Ergreifungsprämien und Bearbeitungskosten als „Privatjustiz bei Ladendiebstählen" bezeichnete, wenn die Deutsche Bundespost für die Feststellung der Überführung von Tätern, die öffentliche Münzfernsprecher mutwillig beschädigen, Auslobungen aussetzt und ausgezahlte Belohnungen entsprechend der Rechtssprechung als Schadensbetrag vom Schädiger einfordert, und will sich die Bundesregierung nicht dazu entschließen, Umschreibungen wie „Selbstjustiz", „Warenhausjustiz" oder auch „Privatjustiz bei Ladendiebstählen" und dergleichen energisch entgegenzutreten?

37. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung darüber hinaus der Auffassung, daß der Parlamentarische Staatssekretär Dr. de With den Grundsatz, Beeinflussungen schwebender Gerichtsverfahren zu unterlassen, mit Rücksicht auf den ihm bekannten, beim Bundesgerichtshof anhängigen Musterprozeß dadurch verletzt hat, daß er die Einforderung von Ergreifungsprämien und „pauschalierter" Bearbeitungskosten als grundsätzlich unzulässig bezeichnet hat, anstatt sich auf den Hinweis zu beschränken, daß insoweit streitige Rechtsfragen zur höchstrichterlichen Entscheidung anstehen?

38. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhältnis der Eingriffsmöglichkeiten in den Grundrechtsbereich des Artikels 10 des Grundgesetzes auf Grund des G 10-Gesetzes und richterlicher oder staatsanwaltlicher Entscheidung gemäß §§ 100 a und 100 b der Strafprozeßordnung (StPO) im Hinblick auf einen wirksamen Schutz des Bürgers vor übermäßiger Kontrolle, und gibt es nach dem Wissensstand der Bundesregierung Fälle, in denen eine Überwachung nach dem G 10-Gesetz abgelehnt wurde, die anschließend als Maßnahme nach den §§ 100 a, 100 b StPO fortgesetzt wurde?

39. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)

Wie häufig wurden – aufgeteilt nach Eingriffen auf Grund des G 10-Gesetzes und den §§ 100 a, 100 b StPO – nach dem Wissensstand der Bundesregierung sogenannte unverdächtige Dritte, beispielsweise Rechtsanwälte, von Überwachungsmaßnahmen betroffen, und hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie oft die Staatsanwaltschaften bei der Post- und Fernmeldekontrolle von der 3-Tage-Überwachung mit und ohne richterliche Bestätigung Gebrauch gemacht haben?

40. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung veranlaßt, die Staatsanwaltschaft zu ermächtigen, nach § 353 c StGB gegen die Halbmonatszeitschrift „Weltbild" anzugehen?

41. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Wieviel Verfahren sind nach dem Wissensstand der Bundesregierung gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland nach § 353 c StGB anhängig?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

42. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung im Handelsblatt vom 5. Mai 1978 unter der Überschrift „Die hohe Kunst der Information" über die Pressearbeit des Bundesfinanzministeriums in Mexiko-City zu „ . . . ließ sich der Pressemann des Bonner Finanzministeriums, Steinke, nur kurz einmal zum Ende der Währungskonferenz blicken, weil ihn der Minister zu kunsthistorischer Mexiko-Touristik in Betreuung einiger aus Bonn angereister Journalisten freigestellt hatte"?

43. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung die gesetzgeberischen Konsequenzen aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Juni 1977 – 1 BvR 265/75 (Bundessteuerblatt 1977 II S. 526) betreffend die steuerliche Behandlung geschiedener

und getrennt lebender Eltern sowie der Eltern nichtehelicher Kinder ziehen, und aus welchen Gründen hält die Bundesregierung den im Bundesfinanzministerium erstellten Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 1978 weiterhin zurück?

44. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung, das im Ratifikationsgesetz von 1969 zum Kriegsschschadenausgleich für Deutsche in Italien vorgesehene Verteilungsgesetz zu erlassen, nachdem Italien die vereinbarte Zahlung bereits 1969 geleistet hat und die Antragsfrist auf Schadensfeststellung bereits 1971 abgelaufen war, und aus welchen Gründen entstand die Verzögerung?

45. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte derzeit mehr als 11 000 US-dependents (Angehörige des zivilen Gefolges der US-Army mit US-Staatsbürgerschaft) beschäftigen, und betrachtet sie – sofern dies zutrifft – dies als einen Verstoß gegen das NATO-Truppenstatut (Artikel IX Abs. 4)?

46. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Rechte der deutschen Arbeitnehmer, die bei den US-Streitkräften beschäftigt sind, bisher noch nicht den Rechten angeglichen sind, die die Bundeswehr ihren Arbeitnehmern gewährt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

47. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Haben – wie der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands in der Zeitschrift „Brandwacht" 9/77, Seite 185, meint – die vom Bundesfinanzminister zum 1. Januar 1974 in Kraft gesetzten neuen Rechnungslegungsvorschriften für die Schadensversicherung (BGBl. 1973 I S. 1209) zu einem stärkeren Rückgang der Feuerschutzsteuer und damit zu einer Gefahr für den Bestand der freiwilligen Feuerwehren, die Ausrüstung, Ausbildung und Personalkosten aus dieser Feuerschutzabgabe decken, geführt?

48. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Müssen – wie in dem o. a. Aufsatz dargelegt wird – die Versicherungsverhältnisse der in Artikel 4 der Ersten Koordinierungsrichtlinie der EG genannten öffentlich-rechtlichen Pflicht- und Monopolanstalten für die Gebäudefeuerversicherung und die von ihnen zu schützenden Risiken auch von ausländischen Dienstleistern respektiert werden, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

49. Abgeordneter **Freiherr von der Heydt von Massenbach** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das am 24. April 1978 in der ZDF-Sendung „Reklamationen" verbreitete Testergebnis über den Wert der Broschüre „Geld zurück vom Staat" bekannt, und hält sie danach noch an der Ansicht fest, daß diese Broschüre „sehr hilfreich" sei, wie das in der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage vom 26. April 1978 (Drucksache 8/1728 Frage A 20) zum Ausdruck kam?

50. Abgeordneter **Freiherr von der Heydt von Massenbach** (CDU/CSU)	Wie hoch schätzt die Bundesregierung derzeit die jährlichen Steuereinnahmen, die darauf zurückzuführen sind, daß Steuerzahler steuermindernde Posten aus Unkenntnis ihrer Rechte nicht geltend machen?
51. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung bereits Erkenntnisse darüber, wie hoch die Schäden des Unwetters vom 22. und 23. Mai dieses Jahrs in den betroffenen Gebieten sind?
52. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des Nachtragshaushalts für 1978 Finanzmittel für ein Soforthilfeprogramm bereitzustellen und für eine rasche und unbürokratische Abwicklung zu sorgen?
53. Abgeordneter **Dr. Früh** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um möglichst rasch einen Gesamtüberblick über die verheerenden Auswirkungen des Hochwassers in Südwestdeutschland zu erhalten, und wie hoch sind nach bisherigen Erkenntnissen die entstandenen Schäden anzusetzen?
54. Abgeordneter **Dr. Früh** (CDU/CSU)	Welche Hilfen gedenkt die Bundesregierung unmittelbar zur Überwindung von Notständen einzusetzen, und welche längerfristigen Maßnahmen sind geplant, um die schweren Schäden im privaten und öffentlichen Bereich möglichst auszugleichen?
55. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Welche finanziellen und steuerlichen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Geschädigten der Hochwasserkatastrophe, die über Südwestdeutschland in den letzten Tagen hereingebrochen ist, zu helfen, soweit die Schäden nicht durch die gesetzliche Gebäudeversicherung bzw. durch andere Versicherungen beglichen werden?
56. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, falls sie in den vorgenannten Schadensfällen augenblicklich keine Möglichkeiten zur direkten Hilfe sieht, durch Einrichtung eines „Katastrophenfonds" im Rahmen des Bundeshaushalts die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß sowohl die bereits jetzt eingetretenen Schäden wie auch künftige ganz oder zumindest teilweise abgegolten werden können?
57. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung zur Behebung der umfangreichen Schäden, die durch die starken Regenfälle in Süddeutschland entstanden sind, schnell und unbürokratisch Mittel bereitstellen?
58. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)	Welchen Umfang werden diese Mittel gegebenenfalls erreichen?
59. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)	Hält es die Bundesregierung auf Grund des Einkommensteuergesetzes für zwingend, daß die Einkommensteuererklärung in lauter unzusammenhängende Einzelblätter aufgelöst wird, oder könnte sie sich ein Standardformular für die Normalfälle denken, dem nur für Sondergruppen oder Sondertatbestände wie Sonderabschreibungen, Investitionszulage, Berlin, Vertriebene usw. ein Zusatzblatt beizufügen ist, auf das im Hauptformular durch farbige Kennzeichnung jeweils hingewiesen wird?

60. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Sind Pressemeldungen zutreffend, daß allein in der Zeit von 1969 bis 1977 von den amtierenden SPD/FDP-Regierungen 306 Steuergesetze sowie 273 neue Verordnungen sowie 1 246 Richtlinien und andere Verwaltungsanweisungen und Bekanntmachungen auf dem Gebiet des Steuerrechts erlassen worden sind?

61. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wieviel Steuergesetze, Verordnungen, Richtlinien und Verwaltungsanweisungen sind in der vergleichbaren Zeit von 1960 bis 1968 erlassen worden?

62. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß der marktwirtschaftliche Lenkungsmechanismus für Investitionen ausgehöhlt wird, wenn über Abschreibungsgesellschaften ein steigender Anteil des Anlagekapitals vorrangig nach der Höhe der zu erwartenden Verlustzuweisungen angelegt wird, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

63. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Wird die Bundesregierung angesichts der Praktiken von Abschreibungsgesellschaften entsprechend einer Empfehlung des Bundesrats einen Gesetzentwurf zur Abschaffung des „negativen Kapitalkontos“ vorlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

64. Abgeordneter **Haase (Fürth)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wieviel Seehundfelle – gegebenenfalls in welchem Wert – aus Kanada in den Jahren 1976, 1977 und im ersten Quartal 1978 eingeführt wurden?

65. Abgeordneter **Haase (Fürth)** (SPD)

Gibt es bundesrechtliche Rechtsgrundlagen, die die Einfuhr von Seehundfellen aus Kanada in die Bundesrepublik Deutschland regeln, und wenn ja, welche?

66. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Hat Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff auf der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) die Ansicht geäußert, daß möglicherweise aus dem Osten kommende Proteste gegen angebliche Verletzungen des Berlinabkommens nicht schon von der Bundesregierung vorsorglich vorformuliert werden dürfen, und wenn ja, stellt dies auch die Ansicht der Bundesregierung dar?

67. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Könnte die Bundesregierung abgrenzen, gegen wen sich der Vorwurf des Bundeswirtschaftsminister, der auf der Jahrestagung des BDI mit großem Beifall begrüßt wurde, richtet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

68. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die in der Wirtschaftswoche vom 28. April 1978 zitierten Zahlen bestätigen, wonach derzeit rd. 23 800 Hochschulabsolventen und 16 000 Fachhochschulabsolventen arbeitslos sind und wonach von der Akademikerarbeitslosigkeit insbesondere die Geisteswissenschaftler betroffen sind?

69. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die in dem genannten Artikel gemachten Angaben bestätigen, wonach am Ende des Jahrs 1977 insbesondere 6 000 ausgebildete Pädagogen arbeitslos waren, und wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen der Geisteswissenschaftler, in Ausweichpositionen unterzukommen?

70. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß die in Artikel 2 § 4 Nr. 2 und § 5 Nr. 2 der im Rentenanpassungsgesetzentwurf (21. RAG) (Drucksache 8/1734) vorgesehene Regelung erstmals seit 1958 eine Absenkung der für das Jahr 1978 von der Bundesregierung festgelegten allgemeinen Bemessungsgrundlage in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten in Höhe von derzeit 21 608 DM (vgl. § 2 der RV-Bezugsgrößenverordnung 1978 vom 16. Dezember 1977 – BGBl. I S. 2581) um nachträglich 2,5 v. H. für das zweite Halbjahr 1978 auf 21 068 DM zum Nachteil der Rentenberechtigten bewirkt, deren Versicherungsfall in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1978 und dem 31. Dezember 1978 eintritt?

71. Abgeordnete **Frau Pack** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung sozialpolitisch und mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung vereinbar, daß Rentenbewerber, deren Versicherungsfall im Lauf des Jahres 1978 eintritt und die sonst gleiche Berechnungsmerkmale aufweisen, eine um 2,5 v. H. geringere Rente erhalten, und zwar je nachdem, ob der Versicherungsfall im ersten oder im zweiten Halbjahr 1978 eintritt?

72. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung durch Rechtsverordnung nach § 9 des Arbeitsförderungsgesetzes die Anmeldepflicht für Ausbildungsplätze generell oder in einem Modellversuch anordnen?

73. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, die Einrichtung von Datenbanken für toxikologisch gefährdete Arbeitsplätze zu fördern, da sich Produkte und Produktionsverfahren in der Industrie zunehmend schneller ablösen und zunächst für ungefährlich gehaltene Stoffe wie z. B. Vinylchlorid, Phenole und verschiedene Zusätze bei Lacken sich später in Langzeitwirkung oft als hochgiftig herausgestellt haben?

74. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß durch die Einrichtung solcher Datenbanken eine therapeutisch und versorgungsrechtliche Behandlung der Spätschäden abgesichert würde, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

75. Abgeordnete **Frau Renger** (SPD)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 10. Februar 1975 zur Anlegung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen innerstaatliche Geltung zu verschaffen und damit die Benachteiligung der Frauen bei der Entlohnung – Einstufung, Zulagen und andere Entgeltbestandteile, betriebliche Altersversorgung auf privater Grundlage, Anerkennung von gleichwertiger Arbeit durch Fortfall der Leichtlohngruppen – zu beseitigen?

76. Abgeordnete **Frau Renger** (SPD)

Welche Maßnahmen bereitet die Bundesregierung vor, um ihrer Verpflichtung aus der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 9. Februar 1976 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in bezug auf die Arbeitsbedingungen nachzukommen?

77. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die besonders hohe Zahl von Frühgeburten, Fehlgeburten und die hohe Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik Deutschland mit der zu kurzen Mutterschutzzeit der Frauen vor der Geburt zusammenhängt, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um diesen Mißstand abzuschaffen und Mutter und Säugling einen angemessenen Schutz zu garantieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

78. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Trifft es zu, daß das Bundesverteidigungsministerium 1977/78 – entgegen der früheren Praxis – auch Nichtbeamte zu Vorsitzenden von Prüfungsausschüssen für Kriegsdienstverweigerer bestellt hat, und teilt die Bundesregierung meine rechtsstaatlichen Bedenken gegen dieses Verfahren?

79. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, diese „auf Honorarbasis" tätigen Vorsitzenden, deren Amtsführung durch das Interesse an einer Erneuerung des Honorarauftrags beeinträchtigt werden kann, mit sofortiger Wirkung abzulösen?

80. Abgeordneter **Strauß** (CDU/CSU)

Gibt es einen oder mehrere Fälle, daß an der Hochschule der Bundeswehr München Wehrdienstverweigerer als Assistenten oder wissenschaftliche Mitarbeiter eingestellt worden sind, ohne daß vor der Einstellung eine sicherheitsmäßige Überprüfung stattgefunden hat?

81. Abgeordneter **Strauß** (CDU/CSU)

Warum ist die Überprüfung gegebenenfalls unterblieben, dann nachträglich vorgenommen worden mit der Folge, daß eine Entlassung erfolgte, wodurch Forschungsaufträge mit einem finanziellen Aufwand von rund 750 000 DM unerledigt vorzeitig abgebrochen wurden?

82. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß die „Verteidigungskraft des Bündnisses und das Verteidigungsinteresse der Bundesrepublik Deutschland" die Erhaltung der in ihrer Größenordnung bescheidenen deutschen Rüstungsindustrie verlangen, nicht nur, um die Bundeswehr mit wichtigen Waffen und Geräten aus nationaler Produktion auszurüsten, sondern mehr noch, um die Bundesregierung und die militärische Führung der Bundeswehr in die Lage zu versetzen, über den neuesten Stand der Rüstungstechnologie informiert zu sein, und zieht die Bundesregierung bejahendenfalls daraus wie ich den Schluß, daß eine solche Erhaltung der deutschen Rüstungsindustrie mit ihren rund 150 000 meist hohe Qualitäten der Mitarbeiter erfordernden Arbeitsplätze nur durch eine kontinuierliche Beschäftigung zu erreichen ist?

83. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre Entscheidung, keine Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz zur Ausfuhr des Flakpanzers Gepard z. B. in ein Land wie Ekuador zu erteilen, zu überdenken, und dabei zu berücksichtigen, daß die an der Gepard-Produktion beteiligten rund 2 000 deutschen Firmen mit rund 12 000 Mitarbeitern allein durch diesen Auftrag (ca. 50 Geparden) zwei Jahre lang beschäftigt wären, was angesichts der Tatsache, daß die deutsche Gepard-Produktion für die Bundeswehr und alle denkbaren NATO-Partner spätestens 1982 ausläuft, eine Anschlußverwendung des qualifizierten Ingenieur- und Facharbeiterpersonals für einen neuen Flakpanzer aber erst Jahre später möglich ist, zur Erhaltung der „vorhandenen deutschen Industriekapazitäten auf dem Rüstungssektor“ (Dr. von Bülow) von großer Bedeutung wäre?

84. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) seit etwa einem halben Jahr systematisch alle Sende- und Empfangsgeräte der Amateurfunker in der DDR auf das militärische Einheitsgerät Teltow 250 umrüstet, und daß seit März 1978 die bisherigen Geräte nicht mehr benützt werden dürfen, und welche sicherheitspolitische Bedeutung mißt die Bundesregierung dieser Tatsache im Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland bei?

85. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung entgegen allen bisherigen mündlichen und schriftlichen Erklärungen, der NATO-Flugplatz Upjever werde nach der Auflösung der Waffenschule 10 Drehscheibe für die fliegenden Kampfverbände F-4F/RF-4E und eine Nutzung von Upjever als Standort der zweiten Ausbildungsstufe für das Waffensystem MRCA „Tornado“ könne nicht realisiert werden, nunmehr beabsichtigt, Upjever weiterhin Standort eines festen deutschen Verbandes bleiben zu lassen und gleichzeitig dem Landkreis sowie den örtlich betroffenen Kommunen das Entscheidungsrecht einzuräumen, im Falle der Abgabe einer positiven Studie durch den Führungsstab der Luftwaffe, Upjever als Standort der zweiten Ausbildungsstufe für das Waffensystem MRCA „Tornado“ vorzusehen, und wenn ja, welche grundsätzlichen neuen Erkenntnisse hat die Bundesregierung zwischen dem 27. April 1978 und dem 12. Mai 1978 gewonnen, die eine derartige Änderung der Haltung rechtfertigen?

86. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Wann ist die von Staatssekretär von Bülow am 12. Mai 1978 zugesagte Studie beim Führungsstab der Luftwaffe in Auftrag gegeben worden, auf welche konkreten Untersuchungsergebnisse bezieht sie sich, und wann wird mit ihrer endgültigen Erstellung gerechnet werden können?

87. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Soldaten- und Traditionsverbände der Bundesrepublik Deutschland, wie z. B. die Arbeitsgemeinschaft der Reservisten, Soldaten- und Traditionsverbände, Ring Deutscher Soldatenverbände, Deutscher Soldatenbund, Kyffhäuser und Deutscher Soldaten- und Kriegerbund in Bayern Vereinigungen sind, die in vollem Umfang auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen und keinerlei verfassungsgefährdende und/oder sicherheitsgefährdende Ziele verfolgen?

88. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung den sogenannten „Presseausschuß Demokratischer Initiative", der die in der Frage 87 genannten Traditions- und Soldatenverbände als „neonazistisch" bezeichnete, entsprechend dem Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 1. Juni 1977 als „kommunistische Tarnorganisation" mit verfassungsfeindlichen Zielen an, und wenn ja, welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Beurteilung des von dieser Organisation herausgegebenen Berichts über neonazistische Aktivitäten 1977 (PDI-Sonderheft 2)?
89. Abgeordneter **Lemmrich** (CDU/CSU)	Ist der Bundesverteidigungsminister bereit, nachdem nach den Behauptungen des Pressesprechers des Bundesverteidigungsministeriums bei den von Düsenjägern des Jagdgeschwaders 74 verursachten beträchtlichen Schäden an Häusern und Industrieanlagen der Stadt Rain sowohl die Mindestflughöhe von 240 m angeblich nicht unterschritten und auch die Schallmauer angeblich nicht durchbrochen worden sein soll, die Mindestflughöhe über bewohnten Gebieten auf mindestens 600 m anzuheben, damit derartige Beschädigungen in Zukunft vermieden werden?
90. Abgeordneter **Lemmrich** (CDU/CSU)	Ist der Bundesverteidigungsminister bereit, zur Förderung der Wissenschaften das von seinem Pressesprecher festgestellte „physikalische Phänomen", das beträchtliche Zerstörungen durch Düsenmaschinen der Luftwaffe in der Stadt Rain erzeugte, obwohl diese Flugzeuge alle Flugauflagen erfüllt haben sollen, durch dafür geeignete Universitäten, Technische Universitäten oder unabhängige physikalische Anstalten untersuchen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

91. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)	Wird die Bundesregierung gemäß einer am 6. Dezember 1977 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Entschließung bis zum 1. Juli 1978 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen ihr Einverständnis mitteilen, eines der kommenden Jahre zum „Internationalen Jahr der alten Menschen" zu proklamieren?
92. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)	Welche politischen Schwerpunkte sollten nach Ansicht der Bundesregierung gegebenenfalls in einem solchen Jahr bezüglich der besonderen Thematik gesetzt werden?
93. Abgeordnete **Frau Eilers (Bielefeld)** (SPD)	Ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, daß der Anteil tuberkulosekranker Mitbürgerinnen und Mitbürger sowohl hinsichtlich Neu- als auch Wiedererkrankung unter Ausländern zum Teil erheblich höher liegt als unter Deutschen, und wie beurteilt sie diese Erscheinung, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese überhöhte Rate abzubauen?
94. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)	Treffen nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung Pressemitteilungen zu, daß Mastbullen Substanzen ins Futter gemischt werden, die das Wachstum und den Fleischansatz verbessern sollen, in Wirklichkeit aber nur zur Wasseranlagerung im Ge-

webe führen, und wenn ja, erwägt die Bundesregierung ein Vertriebs- oder Produktionsverbot derartiger Präparate?

95. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um zu verhindern, daß zum Nachteil der Verbraucher das Fleisch von mit muskelbildenden Präparaten behandelten Tieren – wie zuletzt z. B. die sogenannten Wasserbullen – auf den Markt gelangt?

96. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, auf welchem Weg diese Präparate in den Besitz der Tierhalter kommen, und welche Möglichkeiten sieht sie, dies in Zukunft zu verhindern?

97. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Wie haben sich die Regierungsbeiträge für das deutsch-französische Jugendwerk in den letzten Jahren entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung auf diesem Hintergrund die Situation und künftige Entwicklung des Jugendwerkes?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

98. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Tatsache zu ziehen, daß jährlich im Bundesgebiet ca. 130 000 Führerscheine wegen Alkoholeinfluß am Steuer eingezogen werden müssen und 1976 3 200 Tote und 47 000 Schwerverletzte durch Alkohol im Straßenverkehr zu beklagen waren?

99. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, daß in Zukunft bei der Neuerteilung einer Fahrerlaubnis nach vorangegangener Entziehung sowie bei der Ersatzausstellung für einen abhanden gekommenen Führerschein die als sogenannte „Säuferbalken" kritisierte Balken-Kennzeichnung im Führerschein unterbleibt?

100. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wann ist in der Bundesrepublik Deutschland mit der Einführung des neuen Führerscheinmusters nach dem Wiener Weltabkommen über den Straßenverkehr zu rechnen?

101. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Schienenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) von der Deutschen Bundesbahn und der Reichsbahn Personenwagen eingesetzt werden, die sehr veraltet sind, z. T. erhebliche Schäden aufweisen und nicht den geringsten Reisekomfort bieten, und gedenkt die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß zumindest die Deutsche Bundesbahn bei den Zügen auf den Transitstrecken einen moderneren Wagenpark einsetzt?

102. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten stehen der Bundesregierung zur Verfügung, um die Sicherheit aller an Charterflügen Beteiligten nachhaltig zu gewährleisten?

103. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung gegenüber Chartergesellschaften, deren Flüge bereits unglücklich endeten, um für die Zukunft die Sicherheit der Passagiere und anderer Beteiligten zu gewährleisten?

104. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn generell die Auflassung sämtlicher, den Bundesbahnbenutzern offenstehender Toilettenanlagen auf dem Gelände aller Bahnhöfe verfügt hat, die nicht als Umsteigebahnhöfe klassifiziert sind, und ist die Deutsche Bundesbahn gegebenenfalls bereit, eine solche generelle Entscheidung rückgängig zu machen und im Interesse der öffentlichen Hygiene derartige Toilettenanlagen auch in Zukunft vorzuhalten?

105. Abgeordneter **Hauser (Bonn-Bad Godesberg)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß die Deutsche Bundesbahn einen Sonderwagen der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" zur Verfügung gestellt und eine Pressekonferenz im Zuge sowie hinweisende Durchsagen unter Verwendung der Agitationsvokabel „Berufsverbot" auf diese Pressekonferenz jedenfalls im Bahnhof Bonn gemacht hat?

106. Abgeordneter **Hauser (Bonn-Bad Godesberg)** (CDU/CSU)

Wenn ja, welche Dienststellen der Deutschen Bundesbahn sind für diese Vorgänge verantwortlich, und sieht die Bundesregierung darin eine Unterstützung der kommunistisch beeinflußten Agitation gegen angebliche „Berufsverbote"?

107. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Tatbestand, daß auf den Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn mit dem Slogan „Mit der DB zum Jugendfestival" für eine Pfingstveranstaltung der SDAJ in der Westfalenhalle geworben wurde?

108. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die SDAJ für so förderungswürdig, daß sie den Eindruck einer Kooperation zwischen SDAJ und Deutscher Bundesbahn für unbedenklich hält und die im Plakat genannte Fahrpreisermäßigung von 40 Prozent als angemessen betrachtet?

109. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Erlaß des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18. April 1978, wonach dieser nach den Erfahrungen in Baden-Württemberg die Durchführung der Regionalgespräche in bezug auf die neue Netzkonzeption der Deutschen Bundesbahn in der ursprünglich vorgesehenen Form in Nordrhein-Westfalen nicht mehr für sinnvoll hält?

110. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Haben sich in der Zwischenzeit und auf Grund verschiedener Erfahrungen neue Überlegungen ergeben, wie über die neue Netzkonzeption der Deutschen Bundesbahn zukünftig Regionalgespräche zu führen sind?

111. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich die DDR nach wie vor weigert, die Juniorenfahrkarten der Deutschen Bundesbahn auf ihrem Gebiet zuzulassen, und behandelt die Bundesregierung dieses Thema in den derzeit laufenden Verhandlungen mit der DDR?

112. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zwischenzeitlich alternative Regelungen für jugendliche Transitreisende auf den Wegen von und nach Berlin zu schaffen?

113. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, Kraftstofftanks in die Liste der Fahrzeugteile aufzunehmen, die nach § 22 StVZO in einer amtlich genehmigten Bauart ausgeführt sein müssen, nachdem es in letzter Zeit Unfälle gegeben hat, in denen Kunststofftanks insbesondere bei Motorrädern mit schrecklichen Folgen explodiert sind?

114. Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesdruckerei von jedem Lehrstellenbewerber eine Gebühr von 20 DM für Prüfungsunterlagen fordert, wobei angenommene Bewerber die Gebühr zurückerhalten, nicht angenommene Bewerber jedoch keine Rückerstattung bekommen, und wie bewertet die Bundesregierung dieses Verfahren, und ist sie bereit, auf eine Streichung dieser Gebühr bei der Bundesdruckerei hinzuwirken?

115. Abgeordneter **Schirmer** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auch für das Jahr 1979 Sonderbriefmarken mit Zuschlag zugunsten der Stiftung Deutsche Sporthilfe und damit für die individuelle Förderung der Sportler herauszugeben, und wenn ja, mit welchen Werten in wie hoher Zahl?

116. Abgeordneter **Schirmer** (SPD)

Mit welchen Motiven sollen diese Sonderbriefmarken gegebenenfalls herausgegeben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

117. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Liegt ein Kabinettbeschluß der Bundesregierung, wonach das Hotel Petersberg vom Bund erworben werden soll, vor, und wann soll bejahendenfalls mit seiner Ausführung begonnen werden?

118. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Welche wesentlichen architektonischen Umbaumaßnahmen werden gegebenenfalls bei der Neugestaltung des Petersberghotels für erforderlich gehalten, und auf welche Summe werden sich Anschaffungs- und Umbaukosten belaufen?

119. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, im Lauf dieser Legislaturperiode eine Novelle zum Erschließungsrecht einzubringen, und wenn ja, mit welcher Zielrichtung?

120. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die beim Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau bestehende Studiengruppe zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren im Bauwesen bislang gesammelt, und für wann kann mit der Vorlage konkreter Änderungsvorschläge gerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

121. Abgeordneter **Curdt** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Versuche mit dem Projekt Magnetschwebebahn, welche Ergebnisse liegen bisher vor, und wie wird deren Wertigkeit für die verkehrspolitische Zukunft gesehen?

122. Abgeordneter **Curdt** (SPD)

Trifft es zu, daß im Zusammenhang mit der Internationalen Verkehrsausstellung in Hamburg im Juni 1979 eine 900 m lange Versuchs- und Demonstrationsstrecke eines Magnetschwebebahnsystems aufgebaut, mit 25 Millionen DM Bundesmitteln bezuschußt und nach Ende der Ausstellung wieder abgerissen werden soll?

123. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den im Auftrag der amerikanischen Regierung durchgeführten Untersuchungen über das Verhalten der Unternehmer gegenüber staatlichen Förderungsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland, die das Ergebnis hatten, daß staatliche Förderungsmaßnahmen im Bereich von Forschung und Entwicklung nur eine sehr untergeordnete Rolle bei Forschungs- und Innovationsentscheidungen der Wirtschaft haben?

124. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Vorstellung hat die Bundesregierung hinsichtlich des Baus einer deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau?

125. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eventuell der sogenannte trilaterale Vertrag modifiziert werden sollte?

126. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Kann die Bundesregierung Presseberichte bestätigen, wonach die Arbeitsausnutzung der deutschen Kernkraftwerke 1977 insgesamt nur ca. 55 v. H. betrug und dabei insbesondere die Siedewasserreaktoren unter 30 v. H. lagen, auf welche Faktoren ist dies gegebenenfalls zurückzuführen, und sind diese längerfristiger Natur?

127. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Gibt es in der Bundesregierung Überlegungen darüber, ob angesichts der absehbaren Verzögerungen beim Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben die Entsorgung der deutschen Kernkraftwerke stärker auf Zwischenlager oder auf ausländische Entsorgungsanlagen abgestützt werden soll?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

128. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Sind Ordnungsgeld und Verfahrenskosten im Zusammenhang mit der gegen den Bundeskanzler am 15. September 1976 erlassenen einstweiligen Verfügung auch nicht vorübergehend oder vorschußweise aus öffentlichen Mitteln bezahlt worden, und bejahendenfalls über welchen Zeitraum hinweg (Beantwortung der Frage 65 in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

129. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Hat die Bundesregierung humanitäre Hilfe für West-Sahara-Flüchtlinge z. B. in Form von Babynahrung verweigert, obwohl der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 19. Oktober 1977 eine solche in verstärktem Maße gefordert hat, und wenn ja, mit welcher Begründung?

130. Abgeordneter **Sieglerschmidt** (SPD)

Gehört zu den Zielen, die mit der Durchführung der ersten allgemeinen, unmittelbaren Wahlen zum Europäischen Parlament verfolgt werden, nicht zuletzt auch das Bestreben, den Wählern in den neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft bewußt zu machen, daß sie nicht nur Bürger der einzelnen Mitgliedstaaten bzw. der Länder- oder Gebietskörperschaften, in die diese sich aufgliedern, sind, sondern Rechte und Pflichten als Bürger der Europäischen Gemeinschaft wahrzunehmen haben?

131. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Nimmt der Deutsche Gewerkschaftsbund Einfluß auf die Berufung von Sozialreferenten an den deutschen Botschaften, und wenn ja, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen?

132. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung das Ausmaß der Truppenstärke und Waffenhilfe sowie die Zahl der Berater, mit denen Kuba, die „DDR“, die CSSR und andere Mitgliedstaaten des Warschau-Paktes stellvertretend für die Sowjetunion in die internen Verhältnisse Afrikas eingreifen?

133. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Gefahr der in Afrika geführten Stellvertreter-Kriege durch eigene Maßnahmen sowie gemeinsam mit ihren Verbündeten vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufklären und abwenden zu helfen?

134. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sie – sei es versehentlich oder gar bewußt fehlerhaft – das Viermächteabkommen über Berlin nicht korrekt eingehalten hat?

135. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung gegebenenfalls konkrete Fälle nennen, in denen sie – sei es versehentlich oder gar bewußt fehlerhaft – das Viermächteabkommen über Berlin nicht korrekt eingehalten hat?

136. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß keinerlei Anlaß besteht, Positionen in bezug auf Berlin (West) abzubauen, da das Viermächteabkommen stets strikt eingehalten und voll angewendet worden ist, wie dies dem Abkommen entspricht?

137. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundeskanzler in einem Interview mit dem Journalisten Arnaud de Borchgrave erklärt hat, er habe bei seinen Gesprächen mit dem sowjetischen KP-Generalsekretär Breschnew auf die Unvereinbarkeit der Abenteuerpolitik der Sowjetunion und ihrer Satelliten in Afrika mit der vorgegebenen Entspannungspolitik hingewiesen, und hat gegebenenfalls der Bundeskanzler dann diese Passage wieder gestrichen, wie die „Welt“ vom 23. Mai 1978 unter dem Titel „Was der Kanzler aus einem Interview strich“ berichtete, und wenn ja, warum, und

wie ist dies mit den in Bonn und in mehreren westlichen Hauptstädten vorliegenden, bestätigten Informationen über die Drahtzieherrolle der SED-Machthaber bei dem blutig verlaufenen Terroristeneinfall in Zaire zu vereinbaren?

138. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung in der gemeinsamen Erklärung des Zentralkomitees der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrats der UdSSR (Tass vom 11. Mai 1978) über Inhalt, Tragweite, Schwerpunkte und politische Bedeutung des Besuchs des Staats- und Parteichefs Breschnew in Bonn, oder sieht sie als Ergebnis der Gespräche und Verhandlungen sowie der ausgetauschten Dokumente noch andere Schwerpunkte und Auswirkungen?

139. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung – so wie die offizielle Presse – Parallelen im Zusammenhang mit den Gesprächen, Verhandlungen, Dokumenten und Vertragsentwürfen beim Besuch des Staats- und Parteichefs Breschnew einerseits zu den deutsch-sowjetischen Abkommen von Berlin des Jahres 1925, andererseits zu den zahlreichen bisherigen Bestrebungen „zur Verwirklichung der leninistischen friedliebenden Politik der KPdSU und der Sowjetunion“?

140. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Glaubt die Bundesregierung, wie Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher erklärt haben soll, bei der Rettungsaktion der französischen und belgischen Fallschirmjäger in der Zaire-Provinz Shabe „Neokolonialismus“ entdeckt zu haben, und wenn ja, warum?

141. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Äußerung des polnischen Botschafters Piatkowski bei, daß mit „eindeutig negativen Folgen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Mai 1978) zu rechnen sei, wenn die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen nicht zu einer Revidierung der Schulbücher in der Bundesrepublik Deutschland führen sollten, und was gedenkt die Bundesregierung gegen eine derartige Drohung zu tun?

142. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Ist der Bundesregierung einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 18. Mai 1978 zufolge bekannt, daß nach einem Bericht des US-Bundesrechnungshofes sich die CIA zur Beschaffung von Informationen über Ost-Europa der Mitarbeit von 22 Personen bedient hat, denen Nazi-Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Regierung der Vereinigten Staaten zu veranlassen, diesen Vorgang aufzuklären?

143. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Aussiedler aus dem polnischen Machtbereich bei Besuchen in der Botschaft der Volksrepublik Polen in Bonn angehalten werden, sich der polnischen Sprache zu bedienen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

144. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung dagegen, daß von den Aussiedlern aus Ostblockstaaten ein Verzicht auf dort gelegenes Vermögen verlangt wird?

145. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung nach dem Besuch einer Bundestagsdelegation in Israel, den Export von Milan-Raketen über Frankreich nach Syrien zu stoppen?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Sind Zeitungsberichte zutreffend, nach denen der Bundeskanzler am 3. Mai 1978 in Bergneustadt Äußerungen, die der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter am Tag der Arbeit zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung machte, als „Schnapsidee“ bezeichnete, und wenn ja, auf Grund welcher Überlegungen ist der Bundeskanzler zu dieser Wertung gekommen?

2. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie viele Mitarbeiter sind zur Zeit in den Presse- und Öffentlichkeitsreferaten der Bundesministerien beschäftigt, differenziert nach Planstellen-Beschäftigten und im Rahmen von Arbeitsverträgen eingestellten Personen, und wie viele Mitarbeiter sind insbesondere im Pressereferat des Bundesministeriums für Forschung und Technologie effektiv beschäftigt im Vergleich zum Sollansatz nach Bundeshaushaltsplan?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Hat das Thema eventueller Sanktionen gegen Staaten, die den Sicherungsverpflichtungen gegen den Mißbrauch von Kernenergie für militärische Zwecke zuwiderhandeln, in bilateralen und/oder multilateralen Verhandlungen oder Erörterungen, an denen die Bundesregierung beteiligt war, bereits eine Rolle gespielt, und ist es dabei schon zu Absprachen formeller oder nicht formeller Art gekommen, und wenn ja, zu welchen?

4. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung zum Thema eventueller Sanktionen gegen Staaten, die den Sicherungsverpflichtungen gegen den Mißbrauch von Kernenergie für militärische Zwecke zuwiderhandeln, ihrerseits Anregungen und Vorschläge initiativ zu erarbeiten, die auf eine universell annehmbare Regelung abzielen?

5. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie hoch waren die finanziellen Aufwendungen für den Staatsbesuch des Generalsekretärs der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit vom 4. bis 7. Mai 1978?

6. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wie viele DDR-Berater mit militärischem Auftrag halten sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zur Zeit mit welchen Funktionen in den verschiedenen afrikanischen Staaten auf, und waren diese Berater nach dem Wissensstand der Bundesregierung direkt oder indirekt an den Massakern von Kolwezi in Zaire beteiligt?

7. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das militärische Engagement der DDR in Afrika vor dem Hintergrund weltweiter Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen, und wie hoch schätzt die Bundesregierung den Wert der militärischen Ausrüstungsgegenstände, welche die DDR den afrikanischen Staaten zur Verfügung stellt?

8. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wie ist die in dem Buch „Zwischenbilanz – ‚Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion" (Köln 1978) des vom Bundesamt für Verfassungsschutz als prokommunistisch eingestuften Verlages Pahl-Rugenstein, in dem auch Beiträge von Leonid Breschnew, Alexej Kossygin, Andrey Gromyko oder auch des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies veröffentlicht wurden, abgedruckte Dankesadresse („Der Verlag dankt dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt, besonders Herrn Bundesminister Hans-Dietrich Genscher, sowie der Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Bundesrepublik Deutschland und der Presseagentur Nowosti für die freundliche Unterstützung bei der Zusammenstellung des vorliegenden Bandes") zu interpretieren, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit klarzustellen, daß sie zu keiner Zeit diesem Buchprojekt eine „freundliche Unterstützung" hat zuteil werden lassen?

9. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Betrachtet die Bundesregierung die Beschuldigungen des polnischen kommunistischen Parteichefs Gierek gegen die Bundesregierung und unsere innere Ordnung in der Trybuna Luda (Nachrichtenspiegel Ostteil vom 5. Mai 1978) – „Wir sind besorgt über die Lage in der Bundesrepublik Deutschland, wo rechtsgerichtete und nationalistische Kräfte immer aktiver werden. Diese Kräfte versuchen, historische Fakten zu untergraben und Argumente über die Einheit Deutschlands zu verbreiten, indem sie den Status von West-Berlin unter Umgehung der bestehenden internationalen Abkommen infrage stellen. In einigen Fragen gibt sogar die Regierung der Bundesrepublik Deutschland diesem Druck nach. Ich und der Genosse Breschnew stimmen voll und ganz darin überein, daß diesen Tendenzen entschieden entgegen getreten werden sollte" – als Einmischung in die inneren Angelegenheiten, und was beabsichtigt sie dagegen zu tun?

10. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew in seinen offiziellen Reden in Bonn im Russischen von der Bundesrepublik Deutschland gesprochen oder hat er für Deutschland den Genetiv im Zusammenhang mit der Bundesrepublik Deutschland (Germanii) gebraucht, und entspricht es gegebenenfalls nicht internationalen Gepflogenheiten, jeden Staat auch in der eigenen Sprache so zu bezeichnen, wie er sich auf Grund seiner Verfassung selbst nennt?

11. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, meinen Brief an das Auswärtige Amt vom 18. März 1978 – angemahnt am 27. April 1978 – wegen eines angeblich geplanten Darlehens an Bolivien für die Einwanderung deutscher Staatsangehöriger aus Süd-Afrika zu beantworten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter **Müller-Emmert** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen praktischen Auswirkungen zur Verhinderung von medikamentösen und pharmakologischen Hilfen im Bereich des Leistungssports – auf Grund der vom Deutschen Sportbund, dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland und den Fachverbänden gefaßten Beschlüsse –, und welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung im einzelnen für ihren Zuständigkeitsbereich der Sportförderung und im Zusammenwirken mit den Bundesländern eingeleitet oder verwirklicht?

13. Abgeordneter **Müller-Emmert** (SPD)

Trifft es nach dem Wissensstand der Bundesregierung zu, daß – wie von Leistungssportlern (z. B. von dem Hammerwerfer Walter Schmidt, Welt-Interview vom 15. April 1978) behauptet wird – in der Bundesrepublik Deutschland jetzt noch mehr geschluckt und gespritzt wird als vor einem Jahr und Rezepte und Medikamente weiterhin in einem höheren Umfange als zuvor unter der Hand ausgegeben werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

14. Abgeordnete **Frau Renger** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit zur Errichtung eines „Deutschen Sportmuseums“, und unter welchen Voraussetzungen würde die Bundesregierung zur Förderung und Mitwirkung bereit sein?

15. Abgeordnete **Frau Renger** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auch zur Darstellung und Pflege einer gemeinsamen deutschen Sportgeschichte die Errichtung eines „Deutschen Sportmuseums“ wünschenswert ist, und hat die Bundesregierung – im Zusammenwirken mit den Sportorganisationen – bereits Überlegungen angestellt, die die Standortfrage, Trägerschaft und Finanzierung klären sollen?

16. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich in jüngster Zeit die Nebentätigkeiten von Beamten staatlicher Baubehörden im Zuständigkeitsbereich des Bundes erheblich ausweiteten und dadurch zahlreichen Architekten und Bauingenieuren Planungsaufträge verloren gehen, und wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, die nebenamtliche Tätigkeit von Staatsdienern in Baubehörden wirksam einzuschränken?

17. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Unterliegen die im Ausländerzentralregister beim Bundesverwaltungsamt erfaßten Daten dem gesetzlichen Datenschutz, und wem steht auf Grund welcher Vorschriften ein Abfragerecht bei diesem Register zu?

18. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Trifft der Pressebericht der Frankfurter Neuen Presse vom 23. März d. J. zu, wonach das Bundesinnenministerium dem Statistischen Bundesamt seit 1970 nicht mehr erlaubt, der Wissenschaft Mikrodaten zur Verfügung zu stellen, wie der Präsident der Frankfurter Universität, Professor Hans-Jürgen Krupp, der Mitherausgeber der Studie „Umverteilung im Sozialstaat“ ist, im Vorwort dieser Studie angibt?

19. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

In welchen Ländern und in welchem Umfang ist nach dem Wissensstand der Bundesregierung bis jetzt zum Schutz der Ozonschicht der Erde der Gebrauch von Fluorkohlenwasserstoffen z. B. in Spraydosen, bei Kühlschränken usw. verboten bzw. eingeschränkt worden?

20. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls den Nutzen solcher Maßnahmen, und inwieweit wird die Position der Bundesregierung zu dieser Problematik dadurch tangiert?

21. Abgeordneter **Huonker** (SPD)

Wie lautet die Dienstanweisung der Bundesgrenzschutzdirektion für den Erlaß von Richtlinien und Verfügungen an die nachgeordneten Bundesgrenzschutzstellen, den BGS-Einzeldienst?

22. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Auf welcher Rechtsgrundlage hat die Bundesgrenzschutz-Direktion die Überprüfung von Reisenden auf die Mitführung von bestimmten Schriften und die Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen angeordnet, und wie verträgt sich diese Überprüfung und Weitergabe solcher Informationen an den Verfassungsschutz mit dem grundgesetzlich gesicherten Recht auf Informationsfreiheit bzw. Koalitionsfreiheit?

23. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Hält die Bundesregierung daran fest, daß — wie mir der Bundesinnenminister mit Schreiben vom 28. Februar 1978 mitgeteilt hat — bei Kontrollen im innerdeutschen Flugverkehr „eine Einsicht in den Inhalt von Akten keinesfalls statthaft" ist, und gilt diese Feststellung auch für die Registrierung von mitgeführten Publikationen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

24. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den derzeitigen Stand der Produkthaftpflicht und Produkthaftpflichtversicherung, und gedenkt sie, hier konkrete Änderungen vorzuschlagen?

25. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung in den letzten Jahren im Bereich der Produkthaftpflicht und Produkthaftpflichtversicherung unternommen, um den Sachverhalt zu klären und um eventuell gesetzliche Änderungen in die Wege zu leiten?

26. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wie oft ist die Bundesregierung mit der Problematik der Änderung des Straftatbestands des § 142 StGB zu einem Antragsdelikt befaßt worden, und befürchtet sie von einer solchen Änderung einen negativen Einfluß auf das Verhalten der Verkehrsteilnehmer dahin gehend, daß Verkehrsunfallflucht leichtfertiger oder häufiger begangen wird?

27. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Welche juristischen und praktischen Bedenken hat die Bundesregierung, den Straftatbestand des § 142 StGB zu einem Antragsdelikt zu machen, und hat sie bei ihren Überlegungen zu dieser Problematik berücksichtigt, daß viele Vorfälle dieser Art aus versicherungsrechtlichen Gründen zur Anzeige kommen und dann als Offizialdelikt verfolgt werden müssen, auch wenn der Anzeigende nachträglich den Verursacher ermitteln konnte und dann auf eine Strafverfolgung verzichten würde?

28.	Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)	Gedenkt die Bundesregierung, einen Transplantationsgesetzentwurf zu verabschieden, und wenn ja, wann ist mit der Verabschiedung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29.	Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Erhöhung der Pauschsätze bei Lohn- und Einkommensteuer für Sendungen in die DDR in absehbarer Zeit vorzunehmen?
30.	Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Wertgrenze von 50 DM für steuerlich abziehbare Wertgeschenke angesichts der seit 1974 eingetretenen Kostensteigerung und angesichts der Beschäftigungslage in der Werbeartikelbranche, aber auch aus Gründen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, angehoben werden muß, und gedenkt sie, entsprechende Konsequenzen zu ziehen?
31.	Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Aufwendungen der Selbständigen, die dem steuerfreien Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung entsprechen, bis zu 2000 DM jährlich ausmachen können, und hält sie es für verfassungskonform, daß diese Aufwendungen nur im Rahmen der allgemeinen Vorsorgehöchstbeträge abgezogen werden können, während bei Arbeitnehmern die steuerfreien Arbeitgeberanteile zur Krankenversicherung nicht auf diese Vorsorgehöchstbeträge angerechnet werden?
32.	Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung die Höhe des Vorwegabzugs bei den laufenden Sonderausgaben von 1 500 bzw. 3 000 DM jährlich auch bei denjenigen Angehörigen der freien Berufe und denjenigen Selbständigen für verfassungskonform, die nach § 2 Abs. 1 Nr. 11 AVG i. d. F. des Rentenreformgesetzes vom 16. Oktober 1972 (BGBl. I S. 1965) auf Antrag versicherungspflichtig geworden sind und die somit demselben Versorgungssystem angehören wie die Arbeitnehmer (vgl. Antwort auf die schriftliche Frage B 33 für die Fragestunde am 26./27. April 1978)?
33.	Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)	Welches sind die Gründe dafür, daß die Bundesregierung die am 8. Juni 1977 vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Verstöße gegen das grundgesetzlich verankerte Gleichheitsprinzip bei der steuerlichen Behandlung unterhaltspflichtiger geschiedener Väter und Mütter noch nicht korrigiert hat?
34.	Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)	Wann und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um auf diesem Gebiet die Verfassungskonformität herzustellen?
35.	Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)	Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die zwischenzeitlichen Auswirkungen der letzten Dollarabwertung auf Pro-Einkommen, Investitionskapazität, Außenhandelsbilanz und Verschuldungsquote der MSAC-Länder?

36.	Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)	Gedenkt die Bundesregierung, Entwicklungshilfe ausdrücklich und direkt als gemeinnützigen Zweck steuerlich anzuerkennen und Spenden für Entwicklungshilfe bis zu 10 v. H. des Einkommens steuerlich anzurechnen?
37.	Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)	Gedenkt die Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß alle Zinsverbilligungsmöglichkeiten bei gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften (Zinsumwandlung: hochverzinslich in leichtverzinslich) ausgeschöpft werden?
38.	Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)	Wie hat sich in den zurückliegenden fünf Jahren die Beschäftigungslage (Einstellungen, Entlassungen, Kurzarbeit) in der bundeseigenen Salzgitter AG entwickelt?
39.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Sind die halbseitigen Werbeanzeigen mit den Bildern von Herrn Brandt und Herrn Breschnew der Bank für Gemeinwirtschaft, die diese zum Beispiel im „Handelsblatt" vom 3. Mai 1978 und in der Tageszeitung Die Welt vom 5. Mai 1978 veröffentlicht hat und in denen sie für die Finanzierung von Ostgeschäften wirbt, zwischen der Bundesregierung und der Bank für Gemeinwirtschaft abgestimmt?
40.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Erhält die Bank für Gemeinwirtschaft aus Bundesmitteln Zinszuschüsse oder andere Subventionen für die Finanzierung von Verträgen der vorgenannten Art, und wenn ja, wie hoch sind diese bzw. welchen Anteil machen sie an den Gesamtzahlungen gleicher Art an alle Banken aus?
41.	Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, mir sobald als möglich mitzuteilen, welche Städte und Gemeinden im Zonenrandgebiet die Lohnsummensteuer mit welchen Hebesätzen erheben?
42.	Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie hoch das Aufkommen an Lohnsummensteuer in den in der vorigen Frage erwähnten Städten und Gemeinden des Zonenrandgebietes jeweils einzeln aufgeführt in den letzten beiden Jahren war?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

43.	Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)	Welches sind nach Ansicht der Bundesregierung die bedeutsamsten Hindernisse für Innovationen im privaten Bereich der Wirtschaft, und nach welchen Methoden wurden diese ermittelt?
44.	Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)	In welchem Umfang ist die mangelnde Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung bedingt durch Kapitalknappheit, staatliche Rahmenbedingungen, Marktbedürfnisse, mangelndes Interesse von Personen und Mangel an qualifiziertem Personal bzw. mangelnde Technologie, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu erhöhen?
45.	Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Wann wird der Bundesregierung der „Bericht über die Auswirkungen moderner Techniken auf bestimmte Wirtschaftszweige und die Folgen für den Arbeitsmarkt" vorliegen, und wie soll der Deutsche Bundestag und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse informiert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

46. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, bei der angestrebten Neufassung der ärztlichen Gebührenordnungen der medizinischen Prophylaxe – insbesondere der vorbeugenden Zahnheilkunde – eine größere Bedeutung als bisher zuzumessen, sowie den gleichen Gesichtspunkten bei den Veränderungen der Leistungsstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung, hier insbesondere bei der in Arbeit befindlichen Neufassung der ärztlichen und zahnärztlichen Leistungsverzeichnisse, eine entsprechende Rolle einzuräumen?
47. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)	Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß insbesondere in der zahnärztlichen Versorgung eine Vermehrung der Vorbeugung und Frühbehandlung eine Verbesserung der Zahngesundheit und eine Verringerung der Ausgaben für aufwendigen Zahnersatz, also eine wesentliche Steigerung der Effizienz der zahnärztlichen Versorgung bei gleichzeitiger langfristiger Kostensenkung bedeutet, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
48. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)	Warum wird bei der Ermittlung des Einkommens einer mitversicherten Ehefrau in der gesetzlichen Krankenversicherung das Wohnen in einem eigenen Haus der Eheleute berücksichtigt, und auf welchen Rechtsgrundlagen beruht diese Praxis?
49. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung bisher positive und/oder negative Stellungnahmen zu dem an ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland verteilten Jahreskalender 1978 und vorhergehender Jahre zugegangen, und wenn ja, überwiegen die positiven oder negativen Stellungnahmen?
50. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in der Bundesrepublik Deutschland arbeitende Journalisten aus dem jeweiligen Heimatland der ausländischen Arbeitnehmer den Jahreskalender 1978 begutachten und Anregungen und Empfehlungen für die Erstellung des Jahreskalenders 1979 vorschlagen zu lassen?
51. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Was hat die Bundesregierung im einzelnen unternommen, um die bereits vorliegenden Erkenntnisse über die Entwicklung der Erkrankungs- und Sterbequoten an Herz-Kreislauf-Krankheiten in die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zusammen mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mettmann geplante Aktion einzubeziehen, und welche Krankheitsdaten werden dabei herangezogen?
52. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Wie ist sichergestellt, daß bei dem örtlich begrenzten Versuch im Bereich der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mettmann kostenaufwendige Doppelarbeit vermieden wird, indem in die Untersuchungen die gleichzeitig anderen Orts gewonnenen entsprechenden Daten einbezogen werden?

53. Abgeordneter **Krampe** (CDU/CSU)

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Überlegungen der Frau Staatssekretärin Fuchs, geäußert in der Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger, die Beitragsgestaltung der Rentenversicherung zu ändern?

54. Abgeordneter **Krampe** (CDU/CSU)

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die Umverteilung des Beitrags zu Lasten kapitalintensiver Betriebe, und mit welcher Entlastung können lohnintensive Betriebe rechnen?

55. Abgeordneter **Krampe** (CDU/CSU)

Stimmt es, daß nach der 10. Bemessungsverordnung entgegen den Vorstellungen des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger für die Arbeiterrentenversicherung statt 4,3 Milliarden vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nur 3,8 Milliarden freigegeben werden und damit die Rehabilitation für versicherte Arbeiter weiter eingeengt wird?

56. Abgeordneter **Krampe** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Bemessungsverordnung für 1978 und auch 1979 im Sinne der Vorstellungen des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger zu erlassen und damit soziale Demontage für die Arbeiter zu verhindern?

57. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich eine flexiblere Handhabung der Gastarbeitersteuerung unter Berücksichtigung einer partiellen Lockerung des Anwerbungs- und Einstellungsstops für ausländische Arbeitnehmer, besonders im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes, durchzuführen und branchenbezogene Ausnahmeregelungen zu erlassen, und wenn nein, wie begründet sie diese Haltung?

58. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Treffen Äußerungen in einer Fernsehsendung zu, wonach auf Grund bundesrechtlicher Vorschriften für die Angehörigen von Jugendspielmannzügen und Jugendorchestern alle 3 Monate medizinische Kurz-Gutachten erstellt werden müssen und die Kosten dafür von den Orchestern selbst getragen werden müssen, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, eine Initiative zur Änderung dieser Vorschriften zu ergreifen?

59. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Anregungen der Wirtschaftsministerkonferenz aufzugreifen, Modell-Arbeitsamtbezirke einzurichten sowie die Art der erfolgreichen Vermittlungstätigkeit aufzuschlüsseln?

60. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die steigende Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter bei sinkender Gesamtarbeitslosigkeit?

61. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Sieht die Bundesregierung in einer Erhöhung der Ausgleichsabgabe für unbesetzte Pflichtplätze, die seit dem Inkrafttreten des Schwerbehindertengesetzes im Jahre 1974 konstant bei 100 DM liegt, ein geeignetes Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

62. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in zunehmendem Maß Wehrpflichtige nach Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung (Lehre) eingezogen werden, weil diese Lehre im Anschluß beispielsweise an ein Fachabitur angeschlossen wird, und sieht die Bundesregierung hierin eine besondere Härte, die eine Zurückstellung bis zum Abschluß der Lehre rechtfertigt?

63. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Stimmt die Bundesregierung zu, daß im Raum Erding/Freising wegen der relativ geringen Auslastung des Freisinger Standortschießplatzes für einen weiteren Schießplatz in diesem Raum kein Bedarf besteht?

64. Abgeordneter **Möllemann** (FDP)

Hält die Bundesregierung an ihrer am 15. Februar 1978 geäußerten Meinung fest, wonach aus einer Reihe von Gründen das Zengermoos im Landkreis Erding (Regierungsbezirk Oberbayern) als Standort für eine Schießanlage nicht in Betracht kommt, wenn der Bedarf tatsächlich unterstellt werden kann?

65. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Sind dem Bundesverteidigungsministerium Klagen der Kompanie-, Staffel- und Inspektionsfeldwebel über Personalführungsprobleme, die anläßlich einer Fachtagung des Deutschen Bundeswehrverbands am 14./15. April 1978 in Bonn dargestellt wurden, bekannt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

66. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Kann der Bundesverteidigungsminister in diesem Zusammenhang bestätigen, daß als Ursachen überzogene Versetzungshäufigkeit, übertriebene Lehrgangsbeschickung sowie Strukturveränderungen ohne Rücksicht auf die Grenzen menschlicher Belastbarkeit in Frage kommen, und wenn ja, was gedenkt das Bundesverteidigungsministerium zur Minderung dieser Probleme konkret zu tun?

67. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die tatsächlichen Einsparungen der auf Grund des Haushaltsstrukturgesetzes vorgenommenen Verlängerung der Dienstaltersgrenze für Berufssoldaten um ein Jahr?

68. Abgeordneter **Würzbach** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung, dem einmütigen Entschluß des Verteidigungsausschusses vom 18. Januar 1978 nachzukommen und die Dienstzeitverlängerung für Berufssoldaten zurückzunehmen und die Dienstzeit auf den Stand von vor dem 1. Januar 1976 zurückzubringen?

69. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Besteht die Absicht, das wehrgeschichtliche Museum der Bundeswehr aus Rastatt zu verlegen und gegebenenfalls wohin?

70. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung an der Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz – die Bereitschaft dazu besteht – in dieser Angelegenheit interessiert?

71. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Hat es bereits vorbereitende Gespräche oder gar Verhandlungen nachgeordneter Bundesbehörden mit an der Unterbringung interessierten Städten oder Grundstückseigentümern gegeben?

72. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Haben sich bereits Städte, gegebenenfalls welche, um die Unterbringung des wehrgeschichtlichen Museums beworben?

73. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Teilt das Bundesverteidigungsministerium die kritischen Bemerkungen des Personalratsvorsitzenden der Standortverwaltung Düren, Hubert Wachendorf, zum Problem der Großkassen (Wehrreport 4/1978, Seite 14) in der Bundeswehr, und wenn nein, trifft der Vorwurf zu, daß wegen langwieriger verwaltungstechnischer Wege oft auf den Skontoabzug bei Rechnungen verzichtet werden muß?

74. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Treffen Presseberichte zu, wonach die US-Streitkräfte beantragt haben, in Stuttgart-Pliningen einen Landeplatz für Hubschrauber einzurichten, und ist die Bundesregierung bereit, einen Landeplatz zu genehmigen, auch wenn Tausende von Anwohnern einer unzumutbaren Lärmbelästigung ausgesetzt sind?

75. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Wann ist mit der Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel zum Ausbau der überlasteten Kreuzung der Bundesstraße 6 und der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Straße in Cuxhaven-Altenwalde zugunsten der in der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Kaserne stationierten Soldaten zu rechnen?

76. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Warum sind die Dienstposten der hauptamtlichen Ausbildungsbeauftragten der Bundeswehrverwaltung (Standortverwaltungen) noch nicht nach A 11 angehoben worden, obwohl der Bundesrechnungshof nach zwei eingehenden Überprüfungen ein dahin gehendes Votum abgegeben hat, und wann ist beabsichtigt, diese Stellen anzuheben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

77. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Vor- und Nachteile die künstliche Belüftung in den Zügen der Deutschen Bundesbahn für den Reisenden hat?

78. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Treffen, nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung die Ergebnisse zu, die französische Gutachter für Krankenhausbelüftungsanlagen vorgelegt haben, daß durch künstliche Belüftung in Krankenhäusern Bazillen fort- und übertragen werden und daß aus diesem Grunde künstliche Belüftungsanlagen in Krankenhäusern wieder abgeschafft werden sollen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie für ihre Zuständigkeit daraus?

79. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Besteht die Gefahr, daß durch Belüftungsanlagen in Eisenbahnwaggons Bazillen im Kreislauf von Abteil zu Abteil getragen werden können?

80. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wie sieht die Bundesregierung die verstärkte staatliche Überprüfung der Einnahmen von Jugendspielmannzügen und Jugendorchestern, die ja noch nicht einmal die Kosten für Kleidung, Instrumente, Noten usw. decken, und wodurch eine wertvolle und notwendige Jugendarbeit gefährdet wird, und ist sie bereit, hier Abhilfe zu schaffen?

81. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Hat die Bundesregierung die gleichen Erkenntnisse wie amerikanische Forscher, die nach neuesten Presseberichten feststellten, daß die Einnahme der Anti-Baby-Pille doch krebsfördernd sei, wenn ja, was denkt die Bundesregierung zu tun, um die Bevölkerung aufzuklären, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls Forschungsprojekte mit dem Ziel in Auftrag geben oder schon laufende Projekte verstärkt fördern, daß ungefährliche Antikonzeptiva hergestellt und angeboten werden?

82. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist der Bericht der „Hamburger Morgenpost" vom 24. Mai 1978 über die mangelnde staatliche Hilfe bei der psychotherapeutischen Betreuung der „Landshut-Geiseln" zutreffend, und welche Hilfeleistungen sind von Seiten der Bundesregierung bisher erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

83. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Welche Sicherheitsmaßnahmen sind nach neuesten Erkenntnissen auf Deutschlands Binnengewässern für den Transport gefährlicher Stoffe getroffen worden?

84. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wieweit ist inzwischen der Warndienst für den ganzen Rheinlauf ausgebaut?

85. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung angesichts der wachsenden Verkehrsbelastung auf der B 248 zwischen Wolfsburg und Braunschweig, der in diesem Raum zunehmenden Nachfrage nach Zulassung von weiterem Werkverkehr und im Hinblick auf die in letzter Zeit wieder zunehmende Unfallhäufigkeit bereit, den Ausbau der B 248 einschließlich Ortsumgehung Lehre mit entsprechender Dringlichkeit einzustufen, falls das Land Niedersachsen im Lauf dieses Jahrs rechtzeitig zur nächsten Fortschreibung des Bundesfernstraßenplans die planerischen Voraussetzungen schafft?

86. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

War die Bundesregierung über die Absicht der Deutschen Bundesbahn, Teile der Dömitzer Brücke abzureißen bzw. zu sprengen, vorher informiert, und hat sie ihre Zustimmung gegeben?

87. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn anzuhalten, durch entsprechende Renovierungsarbeiten die Dömitzer Brücke zu erhalten?

88. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Wann wird die seit langem geplante und mehrfach zugesagte Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Schifferstadt – Speyer – Wörth durchgeführt?

89. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Anforderungen an die Schutzwirkung von Sturzhelmen gesetzlich zu regeln?

90. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

In welcher Weise wird die Bundesregierung Maßnahmen zur erforderlich gewordenen Vertiefung der Sohle des Rheinhafens von Gernsheim unterstützen, um im Interesse der Schiffahrt seine Funktion als Schutz- und Sicherheitshafen weiter zu gewährleisten?

91. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Wie weit ist die mit Kabinettsbeschluß vom 27. April 1977 vorgesehene Zusammenführung der Busreisedienste der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost inzwischen gediehen?

92. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Ist damit zu rechnen, daß die vorgesehenen selbstständigen Regionalgesellschaften bis Ende des laufenden Jahrs gebildet sein werden?

93. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Auf welche Weise wird sichergestellt, daß wenigstens die gegenwärtige Verkehrsbedienung, besonders in weniger stark besiedelten Gebieten wie z. B. dem Odenwald, aufrechterhalten werden kann?

94. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Inwieweit ist sichergestellt, daß die berechtigten Interessen des in den Busdiensten der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost beschäftigten Personals gewahrt bleiben?

95. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Erhebt die Deutsche Bundesbahn Gebühren nach einheitlichen oder unterschiedlichen Sätzen für die Bereitstellung von amtlichen Taxistandplätzen (§ 229 StVO) auf bahneigenem Gelände, und welche Einnahmen werden hierbei unter Berücksichtigung der Verwaltungsaufwendungen erzielt?

96. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß – im Interesse eines reibungslosen Personennahverkehrs – Taxifahrer unter Gleichbehandlung mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln künftig an amtlichen Standplätzen (§ 229 StVO) auch dann keine Sondergebühren bezahlen müssen, wenn es sich bei diesen Plätzen um Grundstückseigentum der Deutschen Bundesbahn handelt?

97. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung nach ihren bisherigen Aussagen zum Temposchild „Bei Nässe" in verschiedenen Fragestunden die nunmehr vom ADAC entwickelte und am 11. Mai 1978 der Presse vorgestellte spezielle Schilderkombination, die aus dem bekannten Tempobegrenzungsschild z. B. „80 km" und einem zusätzlichen quadratischen Piktogramm besteht, auf dem ein Bildsymbol für Regen und ein schleuderndes Auto dargestellt sind?

98. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung auf Grund der Wünsche des Magistrats der Stadt Linden, im Ortsbereich Großen-Linden an der Bundesautobahn Dortmund–Frankfurt (Sauerlandlinie) Lärmschutzeinrichtungen zu installieren, entsprechendes veranlassen?

99. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für den Abschnitt der Bundesautobahn Olpe-Hattenbach, das Raumordnungsverfahren für den Landesteil Hessen abzuschließen und den Streckenabschnitten, die z. Z. noch als möglicher weiterer Bedarf ausgewiesen oder in einer niedrigeren Dringlichkeitsstufe sind, eine höhere Priorität einzuräumen?

100. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Wird die Bundesregierung dem Vorschlag des ADAC, das Temposchild „Bei Nässe" durch ein leichtverständliches Symbol zu ersetzen, folgen, und wenn ja, welchen Zeitraum berechnet die Bundesregierung für die vollständige Umstellung der entsprechenden Verkehrsschilder?

101. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß z. B. in den Ländern Frankreich und Italien keine Geschwindigkeitsbegrenzungen für Wohnwagengespanne vorgeschrieben sind und erhebliche Gefahren dadurch entstehen können, daß die von den Fabrikanten an Wohnwagen montierten Reifen nur Geschwindigkeiten bis 80 Stundenkilometer (plus 10 v. H. Sicherheitszuschlag) erlauben, und beabsichtigt die Bundesregierung, Wohnwagenherstellern künftig vorzuschreiben, die höchstzulässige Geschwindigkeit der von ihnen montierten Reifen anzugeben?

102. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Wohnwagen ohne Ersatzrad geliefert werden, und ist sie bereit, künftig die Auslieferung von Wohnwagen mit Ersatzrad vorzuschreiben?

103. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Zeitpunkt rechnet die Bundesregierung mit einer Entscheidung über die Trassenführung der Bundesstraße 3 südlich Freiburg bis in den Raum Krozingen?

104. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Bis wann kann mit dem Baubeginn für diesen Streckenabschnitt gerechnet werden?

105. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Überlegungen über eine Veränderung der derzeit vorgesehenen Trassierung der B 27 (neu) im Neckartal bei Tübingen aufzugreifen und statt des derzeit nach dem Planfeststellungsverfahren vorgesehenen und teilweise schon zur Ausschreibung vorbereiteten Trassenverlaufs in diesem Bereich einen vierspurigen Ausbau der B 297 im Zuge der B 27 (neu) mit einem gegenüber der jetzigen Planung erheblich verkleinerten Knoten bei Tübingen-Lustnau vorzusehen?

106. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Welche zeitliche Verzögerung würde gegebenenfalls eine solche Veränderung in der Planung für den Bau der B 27 (neu) in diesem Bereich und in der Fortführung der B 27 zwischen Tübingen und Hechingen nach Meinung der Bundesregierung zur Folge haben?

107. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die bisherigen Versuche mit regionalen Verkehrsgesellschaften von der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost recht gute Erfolge gebracht haben, eine Ausdehnung auf das gesamte Bundesgebiet jedoch die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und die Deutsche Postgewerkschaft entschiedenen Wider-

stand entgegensetzen, und wie gedenkt die Bundesregierung bundeseinheitlich dieses Verbundsystem, das sich offensichtlich durch höhere Wirtschaftlichkeit und eine bessere Verkehrsbedienung der Bevölkerung auszeichnet, doch noch zu realisieren?

108. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei Einführung der Fernsprechnahbereiche ebenfalls eine Bereinigung der Ortsnetze mit dem Ziel, die in den Jahren 1969 bis 1971 neu geschaffenen Gemeindegrenzen mit denen der Ortsnetze in Kongruenz zu bringen?

109. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Nr. 28 des Amtlichen Fernsprechbuches 1979/80 nicht mehr die Bereiche Freiburg, Offenburg, Donaueschingen und Konstanz umfassen wird, den Bereich Donaueschingen vielmehr mit Nr. 27 anders zuteilen wird?

110. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß der Bereich Donaueschingen nicht vom Regierungsbezirk Freiburg abgetrennt werden sollte, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

111. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Sieht die Bundespost einen kundenfreundlichen Service darin, daß Eilpäckchen, die morgens beim Zustellpostamt eingehen, nicht, wie von den Absendern erwartet, einer besonderen Eilzustellung, sondern der normalen Paketzustellung unterliegen und dadurch den Empfänger in vielen Fällen erst mittags oder nachmittags – also nicht früher als ein normales Päckchen – erreichen, und ist im Hinblick darauf, daß hierdurch vielen Kunden erhebliche Nachteile entstehen, beabsichtigt, dieses Zustellungsverfahren zu ändern?

112. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Situation der Postversorgung auf dem Lande insbesondere in den Landkreisen Diepholz, Soltau/Fallingbostel, Verden, Nienburg und Rotenburg/Wümme, und in diesem Zusammenhang den Vorschlag, daß zur Verbesserung der Postversorgung in Landgemeinden die Post Karten an ihre Kunden ausgibt mit dem Inhalt „An den Postzusteller: Kommen Sie bitte zur Abholung eines Paketes, einer Geldüberweisung, usw. . . . zu . . . Name, Anschrift", die von den Postkunden in den Briefkasten geworfen werden, damit der Kunde weder, wie es teilweise üblich ist, am Briefkasten noch auf der Straße auf den Zusteller zu warten braucht, um seine Postgeschäfte zu tätigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

113. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus einem vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie den Bausparkassenverbänden in Auftrag gegebenen Forschungsbericht, der die „Sickereffekte verschiedener Formen der Wohnbau- und Bausparförderung" zum Gegenstand hat?

114. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Ergeben sich nicht aus der Tatsache, daß die Hilfen zur Vermögensbildung im Wohnungsbau, wie sie insbesondere die Bausparförderung darstellt, über die Sickereffekte nicht zuletzt auch unteren Einkommensschichten zugutekommen, zusätzliche Gesichtspunkte in bezug auf die Effizienz der Bausparförderung und die Problematik der Einkommensgrenzen, und ist die Bundesregierung auf Grund der Ergebnisse der Sickerstudie bereit, ihre Haltung zu der Forderung nach einer Erhöhung der Einkommensgrenzen zu überprüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

115. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie haben sich die Zahlen für Lieferungen von Büchern aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland und umgekehrt im Jahr 1977 entwickelt, nachdem die Bilanz 1976 mit 5 bzw. 18 Millionen DM negativ für die DDR war, und wie hat sich die Anzahl der in beiden Richtungen vergebenen Buchlizenzen entwickelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

116. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie viele Auslandsreisen sind im Zeitraum 1. Januar 1975 bis 1. Juni 1978 von Mitarbeitern der Unterabteilung Energieforschung im dienstlichen Auftrag unternommen worden, welche sind im Bundesforschungsministerium bzw. beim Projektträger Jülich abgerechnet worden?

117. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche Auslandsreisen wurden im Zeitraum 1. Januar 1975 bis 1. Juni 1978 von Mitarbeitern des Projektträgers „Energieforschung" in Jülich unternommen, und welche wurden auf Veranlassung des Bundesforschungsministeriums durchgeführt?

118. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie viele Mitarbeiter im Bundesministerium für Forschung und Technologie sind seit 1969 bis zum 1. Juni 1978 im Bundesministerium für Forschung und Technologie, differenziert nach einzelnen Besoldungsgruppen, neu eingestellt worden?

119. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Wie viele Mitarbeiter im Bundesministerium für Forschung und Technologie sind seit 1969 bis zum 1. Juni 1978 aus den Diensten des BMFT ausgeschieden, und welche davon nicht aus Alters- und Krankheitsgründen?

120. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Ausgaben sind, im Bundesministerium für Forschung und Technologie bisher (Stand bis 1. Mai 1978) für die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Kernenergie getätigt worden, und in welchem Umfange werden nach Erkenntnissen des Bundesministers für Forschung und Technologie die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Kernenergie von Kernenergiegegnern zur Finanzierung ihrer eigenen Arbeit genutzt?

121. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß auf Grund der vom amerikanischen Kongreß verabschiedeten „Nichtweiterverbreitungsakte 1978" durch eine

Novelle zum Atomgesetz eine wirtschaftliche Nutzung des Schnellen Brüters in der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen werden solle, da Zuwiderhandlungen gegen amerikanische Forderungen mit einem Uran-Embargo belegt würden, und hat die „Nichtweiterverbreitungsakte 1978" letztlich nicht zur Folge, daß die deutsche Reaktorindustrie schwer beeinträchtigt wird und sogar die vorgesehene Atomdeponie in Gorleben amerikanischer Zustimmung bedarf?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

122. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, bei den Bundesländern dafür einzutreten, daß bei der Fortschreibung des Bildungsgesamtplans auch der Sport angemessen berücksichtigt wird, weil dies den Erklärungen im bundeseinheitlichen „Aktionsprogramm Schulsport" aus dem Jahr 1972 und dem 1970 von der Bundesregierung vorgelegten Programm „Der Sport an Schule und Hochschule" entsprechen würde?

123. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Empfehlung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Engholm, zu verwirklichen, der sich nachdrücklich für einen „notenlosen Schulsport" ausgesprochen hat?

124. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bemühungen um einen „notenlosen Schulsport" im Interesse der Kinder und Jugendlichen vor allem aus dem Bereich der Elternschaft, der Pädagogen und Mediziner sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt werden, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Bundesländern für ihre Bildungs- und Sportpolitik daraus zu ziehen?

125. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Wieviel zusätzliche Lehrstellen werden 1978 aus dem laut Staatssekretär Grünewald dieser Tage vor Journalisten mitgeteilten rund 20 v. H. höheren Angebot an Ausbildungsplätzen für Dienststellen des Bundes auf die Dienststellen des Bundes in den Landkreisen Birkenfeld und Bad Kreuznach entfallen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

126. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Treffen nach dem Wissensstand der Bundesregierung Berichte zu, wonach „deutsche Firmen pro Person und Monat für einen Ausbildungsplatz zur Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern" zwischen „4 000 bis 8 000 DM" verlangen und außerdem keiner fachlichen Kontrolle über das Ausbildungsangebot unterliegen, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls aus diesen Berichten?

Bonn, den 26. Mai 1978